

VERTRAG ÜBER DIE INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT AUF DEM GEBIET DES PATENTWESENS


PCT

INTERNATIONALER VORLÄUFIGER BERICHT ÜBER DIE PATENTIERBARKEIT

REC'D 08 FEB 2005

WIPO PCT

(Kapitel II des Vertrags über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet

Aktenzeichen des Anmelders oder Anwalts R. 305860 Saile/Oy	WEITERES VORGEHEN siehe Formblatt PCT/PEAA16	
Internationales Aktenzeichen PCT/DE2004/001023	Internationales Anmeldedatum (Tag/Monat/Jahr) 15.05.2004	Prioritätsdatum (Tag/Monat/Jahr) 22.07.2003
Internationale Patentklassifikation (IPK) oder nationale Klassifikation und IPK H02K15/12, B05D1/06		
Anmelder ROBERT BOSCH GMBH et al.		
<p>1. Bei diesem Bericht handelt es sich um den internationalen vorläufigen Prüfungsbericht, der von der mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörde nach Artikel 35 erstellt wurde und dem Anmelder gemäß Artikel 36 übermittelt wird.</p> <p>2. Dieser BERICHT umfaßt insgesamt 12 Blätter einschließlich dieses Deckblatts.</p> <p>3. Außerdem liegen dem Bericht ANLAGEN bei; diese umfassen</p> <p>a. <input type="checkbox"/> (an den Anmelder und das Internationale Büro gesandt) insgesamt Blätter; dabei handelt es sich um</p> <p><input type="checkbox"/> Blätter mit der Beschreibung, Ansprüchen und/oder Zeichnungen, die geändert wurden und diesem Bericht zugrunde liegen, und/oder Blätter mit Berichtigungen, denen die Behörde zugestimmt hat (siehe Regel 70.16 und Abschnitt 607 der Verwaltungsvorschriften).</p> <p><input type="checkbox"/> Blätter, die frühere Blätter ersetzen, die aber aus den in Feld Nr. 1, Punkt 4 und im Zusatzfeld angegebenen Gründen nach Auffassung der Behörde eine Änderung enthalten, die über den Offenbarungsgehalt der internationalen Anmeldung in der ursprünglich eingereichten Fassung hinausgeht.</p> <p>b. <input type="checkbox"/> (nur an das Internationale Büro gesandt) insgesamt (bitte Art und Anzahl der elektronischen Datenträger(s) angeben), der/die ein Sequenzprotokoll und/oder die dazugehörigen Tabellen enthält/enthalten, nur in computerlesbarer Form, wie im Zusatzfeld betreffend das Sequenzprotokoll angegeben (siehe Abschnitt 802 der Verwaltungsvorschriften).</p>		
<p>4. Dieser Bericht enthält Angaben zu folgenden Punkten:</p> <p><input checked="" type="checkbox"/> Feld Nr. I Grundlage des Bescheids</p> <p><input type="checkbox"/> Feld Nr. II Priorität</p> <p><input type="checkbox"/> Feld Nr. III Keine Erstellung eines Gutachtens über Neuheit, erfinderische Tätigkeit und gewerbliche Anwendbarkeit</p> <p><input type="checkbox"/> Feld Nr. IV Mangelnde Einheitlichkeit der Erfindung</p> <p><input checked="" type="checkbox"/> Feld Nr. V Begründete Feststellung nach Artikel 35(2) hinsichtlich der Neuheit, der erfinderischen Tätigkeit und der gewerblichen Anwendbarkeit; Unterlagen und Erklärungen zur Stützung dieser Feststellung</p> <p><input type="checkbox"/> Feld Nr. VI Bestimmte angeführte Unterlagen</p> <p><input type="checkbox"/> Feld Nr. VII Bestimmte Mängel der internationalen Anmeldung</p> <p><input type="checkbox"/> Feld Nr. VIII Bestimmte Bemerkungen zur internationalen Anmeldung</p>		
Datum der Einreichung des Antrags 22.10.2004	Datum der Fertigstellung dieses Berichts 07.02.2005	
Name und Postanschrift der mit der internationalen Prüfung beauftragten Behörde  Europäisches Patentamt D-80298 München Tel. +49 89 2399 - 0 Tx: 523656 epmu d Fax: +49 89 2399 - 4465	Bevollmächtigter Bediensteter Türk, S Tel. +49 89 2399-7667	



Feld Nr. I Grundlage des Berichts

1. Hinsichtlich der **Sprache** beruht der Bericht auf der internationalen Anmeldung in der Sprache, in der sie eingereicht wurde, sofern unter diesem Punkt nichts anderes angegeben ist.
- ☐ Der Bericht beruht auf einer Übersetzung aus der Originalsprache in die folgende Sprache, bei der es sich um die Sprache der Übersetzung handelt, die für folgenden Zweck eingereicht worden ist:
- ☐ Internationale Recherche (nach Regeln 12.3 und 23.1 b))
 - ☐ Veröffentlichung der internationalen Anmeldung (nach Regel 12.4)
 - ☐ internationale vorläufige Prüfung (nach Regeln 55.2 und/oder 55.3)
2. Hinsichtlich der **Bestandteile*** der internationalen Anmeldung beruht der Bericht auf (*Ersatzblätter, die dem Anmeldeamt auf eine Aufforderung nach Artikel 14 hin vorgelegt wurden, gelten im Rahmen dieses Berichts als "ursprünglich eingereicht" und sind ihm nicht beigelegt*):

Beschreibung, Seiten

1-6 In der ursprünglich eingereichten Fassung

Ansprüche, Nr.

1-11 In der ursprünglich eingereichten Fassung

Zeichnungen, Blätter

1/3-3/3 In der ursprünglich eingereichten Fassung

Zeichnungen, Figuren

1-6 In der ursprünglich eingereichten Fassung

☐ einem Sequenzprotokoll und/oder etwaigen dazugehörigen Tabellen - siehe Zusatzfeld betreffend das Sequenzprotokoll

3. ☐ Aufgrund der Änderungen sind folgende Unterlagen fortgefallen:
- ☐ Beschreibung: Seite
 - ☐ Ansprüche: Nr.
 - ☐ Zeichnungen: Blatt/Abb.
 - ☐ Sequenzprotokoll (*genaue Angaben*):
 - ☐ etwaige zum Sequenzprotokoll gehörende Tabellen (*genaue Angaben*):
4. ☐ Dieser Bericht ist ohne Berücksichtigung (von einigen) der diesem Bericht beigelegten und nachstehend aufgelisteten Änderungen erstellt worden, da diese aus den im Zusatzfeld angegebenen Gründen nach Auffassung der Behörde über den Offenbarungsgehalt in der ursprünglich eingereichten Fassung hinausgehen (Regel 70.2 c)).
- ☐ Beschreibung: Seite
 - ☐ Ansprüche: Nr.
 - ☐ Zeichnungen: Blatt/Abb.
 - ☐ Sequenzprotokoll (*genaue Angaben*):
 - ☐ etwaige zum Sequenzprotokoll gehörende Tabellen (*genaue Angaben*):

* Wenn Punkt 4 zutrifft, können einige oder alle dieser Blätter mit der Bemerkung "ersetzt" versehen werden.

Feld Nr. V Begründete Feststellung nach Artikel 35 (2) hinsichtlich der Neuheit, der erfinderischen Tätigkeit und der gewerblichen Anwendbarkeit; Unterlagen und Erklärungen zur Stützung dieser Feststellung

1. Feststellung

Neuheit (N)	Ja: Ansprüche 1-11 Nein: Ansprüche
Erfinderische Tätigkeit (IS)	Ja: Ansprüche Nein: Ansprüche 1-11
Gewerbliche Anwendbarkeit (IA)	Ja: Ansprüche: 1-2,4-11 Nein: Ansprüche: 3

2. Unterlagen und Erklärungen (Regel 70.7):

siehe Beiblatt

Zu Punkt V

**Begründete Feststellung hinsichtlich der Neuheit, der erfinderischen Tätigkeit
und der gewerblichen Anwendbarkeit; Unterlagen und Erklärungen zur Stützung
dieser Feststellung**

V.1 Im vorliegenden Bescheid wird auf folgende Dokumente verwiesen:

D1: US 6322629

D2: EP 0891817

D3: DE 19755652

D4: US 5618589

D5: US 5922413

D6: GB 1046086

V.2.1 Anspruch 1: erfinderische Tätigkeit

Die vorliegende Anmeldung erfüllt nicht die Erfordernisse des Artikels 33(1) PCT, weil der Gegenstand des Anspruchs 1 nicht auf einer erfinderischen Tätigkeit im Sinne von Artikel 33(3) beruht.

Das Dokument D1 wird als nächstliegender Stand der Technik gegenüber dem Gegenstand des Anspruchs 1 angesehen. Es offenbart (die Verweise in Klammern beziehen sich auf dieses Dokument) ein:

Verfahren zum Aufbringen einer elektrischen Isolierung (siehe Abb. 2 und Spalte 5, Zeilen 17 - 18: electrical insulating film or layer 12; Abb. 3, Schritt 2) auf einen mit Axialnuten (slots 16, Abb. 1) zur Aufnahme einer elektrischen Wicklung versehenen, ferromagnetischen Körper eines Hauptelements einer elektrischen Maschine ("stator core 2", siehe Abb. 2), bei dem der Körper mit elektrostatisch aufgeladenem Kunststoffpulver beschichtet wird (vgl. Abb. 3, Schritt 2 und Spalte 5, Zeilen 5-7), und bei dem außerdem die Beschichtung [...] durch direktes Pulversprühen (vgl. Spalte 5, Zeilen 7 - 12) auf den dem Kunststoffpulver gegenüber eine Potentialdifferenz aufweisenden Körper (implizit offenbart durch den Begriff "electrostatic powder coating process", (Spalte 5, Zeilen 6-7)) vorgenommen wird [...].

Der Gegenstand des Anspruchs 1 unterscheidet sich daher von dem bekannten Verfahren dadurch, daß angegeben wird, das die Beschichtung mit großer Schichtdicke, d.h. mit einer Schichtdicke im Bereich von 1,0 - 2 mm erfolgt.

Die mit der vorliegenden Erfindung zu lösende Aufgabe kann somit darin gesehen werden, daß das in D1 angegebene Verfahren dahingehend zu modifizieren ist, das einerseits die elektrische Isolierung in nur einem Arbeitsschritt aufgebracht werden kann und gleichzeitig die Spannungsfestigkeit der Beschichtung erhöht wird.

Eine Lösung für o.g. Aufgabe wird in D2 angegeben (siehe die Beschreibung, Spalte 1, Zeilen 6 - 20), die ein ähnliches Verfahren zum elektrostatischen Beschichten zum Gegenstand hat.

Der Fachmann wird das aus D2 bekannte Verfahren zur Herstellung einer Isolierung für "stator core 2" aus D1 anwenden, da auch D2 ein Verfahren zum elektrostatischen Beschichten von Werkstücken mit Pulvermaterialien (D2, siehe Spalte 1, Zeilen 3-5) zur Herstellung von elektrischen Isolierschichten (D2, Spalte 1, Zeilen 13 - 15) offenbart.

D2 spezifiziert zwar nicht, das die aufzusprühende Schichtdicke 1,0 - 2 mm betragen muß. Das Erzielen einer derartigen Schichtdicke ist aber durch das in D2 offenbarte Verfahren ohne weiteres möglich, siehe D2, Spalte 2, Zeilen 3 - 7.

Dem Fachmann ist es daher mit dem Wissen startend von D1 und kombiniert mit der Lehre aus D2 durch routinemäßige Versuche (z.B. Alterungsversuch, Dauerversuch, Wechselspannungsprüfung) möglich, die optimale Dicke hinsichtlich Spannungsfestigkeit einer aufzusprühenden Isolierungsschicht für einen konkreten Anwendungsfall zu ermitteln.

Die Auswahl des Bereichs 1 - 2 mm kann daher nicht als erfinderisch angesehen werden.

V.2.2.1

Vorbemerkung zu Anspruch 10:

Die PCT Richtlinien für die vorläufige Prüfung, Kapitel 5.19 spezifizieren, das ein Anspruch, der sich auf einen Anspruch einer anderen Kategorie bezieht, NICHT abhängig im Sinne von Regel 6.4 PCT von besagtem Anspruch der anderen Kategorie ist.

Diese Vorgabe ist auf Anspruch 10 anzuwenden, da Anspruch 10 zur Kategorie "Vorrichtung" zählt, wohingegen Ansprüche 6-9 zur Kategorie "Verfahren" gehören.

Bei Anspruch 10 handelt es sich also um einen unabhängigen Anspruch, der die Merkmale der Ansprüche 6-9 NICHT beinhaltet (vgl. dazu auch das erste Beispiel in oben genanntem Kapitel 5.19 der PCT Richtlinien).

V.2.2.2

Anspruch 10: erfinderische Tätigkeit

Die vorliegende Anmeldung erfüllt nicht die Erfordernisse des Artikels 33(1) PCT, weil der Gegenstand des Anspruchs 10 nicht auf einer erfinderischen Tätigkeit im Sinne von Artikel 33(3) beruht.

Das Dokument D5 wird als nächstliegender Stand der Technik gegenüber dem Gegenstand des Anspruchs 10 angesehen. Es offenbart (die Verweise in Klammern beziehen sich auf dieses Dokument) eine:

Vorrichtung [...] (die ausgelassene Passage beinhaltet keine Merkmale, siehe vorheriges Kapitel), beinhaltend eine [...] Sprühvorrichtung (electrostatic powder gun 19 in Abb. 8) mit mindestens einer Sprühstelle (Abb. 8: Spitze von electrostatic powder gun 19, an der charged powder coat particles 20 austreten), beinhaltend weiterhin eine der Sprühvorrichtung vorgeschaltete Dosiervorrichtung (Abb. 8: "compressed air" in Kombination mit der Beschreibung, Spalte 7, Zeilen 56 - 62: "thickness of coat film is adjusted by [...] spray air pressure"), einen Pulverbunker (Abb. 8, vessel 16) und eine pneumatische Pulvertransportvorrichtung, die Pulver aus dem Pulverbunker absaugt und der Dosiervorrichtung zuführt (siehe Spalte 7, Zeilen 30 - 35).

Der Gegenstand des Anspruchs 10 unterscheidet sich daher von der bekannten Vorrichtung dadurch, daß er die Merkmale: "Sprühkammer, von einem den Körper aufnehmenden Transportband durchzogen" aufzählt.

Diese sind in D5, Abb. 8 zwar nicht ausdrücklich erwähnt, dem Fachmann aber wohlbekannt, siehe D6, Abb. 1: Sprühkammer 3, von Transportband 1

durchzogen. Eine erfinderische Tätigkeit kann dadurch nicht begründet werden, da die Merkmale in D6 zum gleichen Zweck verwendet werden, nämlich:

- die Sprühkammer zum Aufnehmen einer Sprühvorrichtung (10)
- das Transportband zum Transportieren.

V.2.3 abhängige Ansprüche

Die abhängigen Ansprüche 2, 4 - 9, 11 enthalten keine Merkmale, die in Kombination mit den Merkmalen irgendeines Anspruchs, auf den sie sich beziehen, die Erfordernisse des PCT in bezug auf erfinderische Tätigkeit erfüllen, siehe die Dokumente D1 - D6 und die entsprechenden im Recherchenbericht angegebenen Textstellen.

V.3 Bemerkung hinsichtlich des Einwands bzgl. industrieller Anwendbarkeit gegen Anspruch 3:

Es wird dort definiert, das ein sog. "grobes Kunststoffpulver" mit einem mittleren Durchmesser > 150 Mikrometer zum Einsatz kommen soll. Des weiteren wird bei der Beschreibung des Ausführungsbeispiels (ab S. 5, dritter Absatz) angegeben, daß in der Sprühvorrichtung 32 eine "Sprüh- oder Coronapistole" (Seite 5, Zeilen 32-33) angeordnet ist, welche "als Standardkomponente im Markt erhältlich" (Seite 5, Zeile 34) ist.

Demgegenüber steht aber die Aussage in D3 (siehe Spalte 1, Zeilen 29 - 31), wonach mit Sprühpistolen nur Pulver mit einem Durchmesser von etwa 60 Mikrometer aufgetragen werden können. Diese Aussage steht im Widerspruch zu der oben dargestellten Aussage der Anmelderin.

Die Offenbarung erscheint daher unzureichend im Sinne des Art. 5 PCT zu sein, da anscheinend keine ausreichende technische Lehre angegeben wird, die es dem Fachmann erlaubt, das Verfahren gemäß Anspruch 3 der Anmeldung auszuführen.

In diesem Zusammenhang wird auch auf die PCT Richtlinien für die vorläufige Prüfung, Kapitel 4.12 verwiesen, wonach es nicht erlaubt ist, etwaige Defizite in

der ursprünglichen Offenbarung durch nachträgliches Ergänzen zu beheben, da dies gegen Artikel 34(2)(b) PCT verstößt.

Hätte die Anmelderin bewiesen, daß zum Prioritätstag der vorliegenden Anmeldung Sprühpistolen als Standardkomponenten am Markt erhältlich waren, die zum Versprühen von grobem Kunststoffpulver mit einem Durchmesser von > 150 Mikrometer geeignet sind, dann wäre der Einwand bzgl. mangelnder industrieller Anwendbarkeit nicht weiter aufrecht erhalten worden.

V.4 Erwiderung der Anmelderin, datiert vom 14.10.2004 (im folgenden nur "Erwiderung")

V.4.1 Die in der Erwiderung der Anmelderin dargestellten Argumente hinsichtlich erfinderischer Tätigkeit in Bezug auf Anspruch 1 konnten den Prüfer nicht davon überzeugen, daß die in Kapitel V.2.1 dieses Bescheids vorgebrachten Argumente unzutreffend sind. Im folgenden wird erklärt, warum:

In Kapitel 1, Seite 1, vorletzter Absatz der Erwiderung wird gesagt, daß "die in der Feststellung zum Ausdruck gebrachte Auffassung, daß die [...] Auswahl der Schichtdickenvorgabe aus D2 bekannt sei, nicht nachzuvollziehen ist".

Dazu wird auf Kapitel V.2.1 dieses Bescheids verwiesen: "D2 spezifiziert zwar nicht, daß die aufzusprühende Schichtdicke 1,0 - 2 mm betragen muß. Das Erzielen einer derartigen Schichtdicke ist aber durch das in D2 offenbarte Verfahren ohne weiteres möglich, siehe D2, Spalte 2, Zeilen 3 - 7. Dem Fachmann ist es daher mit dem Wissen startend von D1 und kombiniert mit der Lehre aus D2 durch rutinemäßige Versuche (z.B. Alterungsversuch, Dauerversuch, Wechsellastprüfung) möglich, die optimale Dicke hinsichtlich Spannungsfestigkeit einer aufzusprühenden Isolierungsschicht für einen konkreten Anwendungsfall zu ermitteln."

Die Auswahl des Bereichs 1 - 2 mm kann daher nicht als erfinderisch angesehen werden."

Es wurde also NICHT argumentiert, daß die Auswahl der Schichtdicke aus D2 bekannt sei, sondern daß es dem Fachmann möglich ist, eine für einen konkreten

Anwendungsfall optimale Schichtdicke durch routinemäßige Versuche zu ermitteln.

Der Hinweis der Anmelderin, (Seite 1, letzter Absatz - Seite 2, erster Absatz der Erwiderung), wonach die Vorgabe der Schichtdicke [beim im Ausführungsbeispiel offenbaren, nicht jedoch beim in Anspruch 1 beanspruchten Verfahren] deshalb so festgelegt ist, damit [...] die Nutwände der Axialnuten eine ausreichende Isolierung erhalten" wird amtsseitig nicht bestritten.

Jedoch ist dazu folgendes zu sagen:

a) Der Wortlaut des Anspruchs 1 ist so vage, daß er durch D1 bzw. D2, wie in V.2.1 detailliert dargestellt, antizipiert wird. Es ist nämlich im Anspruch nur von einem "Verfahren zum Aufbringen einer elektrischen Isolierung auf einen mit Axialnuten [...] versehenen ferromagnetischen Körper eines Hauptelements einer elektrischen Maschine" die Rede - also nicht einmal davon, daß eine Isolationsschicht auf die Axialnuten durch dieses Verfahren aufgebracht wird.

b) Das Verfahren, welches aus D2 bekannt ist, benötigt hingegen KEINE vorgegebene Mindestschichtdicke, um sicherzustellen, daß in Axialnuten von Ankern von elektrischen Maschinen eine ausreichende Isolierung erzielt wird, weil nämlich durch die gleichzeitige (vgl. D2, Spalte 2, Zeilen 2 - 7) oder auch abwechselnde (Spalte 2, Zeilen 35 - 41) Beschichtung mit positiv und negativ geladenen Teilchen die Oberflächenladung z. B. eben auch auf den Axialnutwänden reduziert wird (D2: Spalte 2, Zeilen 3 - 7) - mit dem Effekt, daß die Ladung bereits aufgebracht der Pulverteilchen auf nachfolgende Pulverteilchen EBEN NICHT abstossend wirkt.

Eine Isolierung mit der vorbestimmte Schichtdicke 1 - 2 mm der Isolation an sich, angewendet beim Verfahren aus D2 hat aber keine unerwarteten Vorteile oder Wirkungen gegenüber dem Rest des Bereichs.

c) Der Auffassung der Anmelderin, wonach "[beim Verfahren gemäß D2 keine Pulverbeschichtung an den Nutwänden der Axialnuten des Ankerkörpers entsteht]", (Seite 3, zweiter Absatz der Erwiderung), wird nicht gefolgt.

Begründung:

Die Anmelderin gibt in ihrer Erwiderung keinerlei Beweise oder auch nur Belege für besagte Auffassung.

Weiterhin ist zu bedenken, daß Anspruch 1, wie in Kapitel V.4 a) gesagt, NICHT spezifiziert, daß Axialnuten überhaupt isoliert werden sollen.

Außerdem ist die Form (z. B. tropfenförmig, stabförmig, keilstabförmig) und Größe (z. B. Anker für Zahnbürstenantrieb oder Anker für einen Turbogenerator) der Axialnuten im Anspruch 1 nicht definiert - das Spektrum von "mit Axialnuten versehenen, ferromagnetischen Körpern von Hauptelementen elektrischer Maschinen", welches unter den gegenwärtigen Anspruch 1 fällt, ist derart groß, daß eine pauschale, nicht bewiesene Aussage nicht geeignet ist, den Prüfer zu überzeugen.

Vielmehr wird amtsseitig davon ausgegangen, daß mit dem Verfahren gemäß D2. zumindest stabförmige (also mit einem Nutkeil nach Einbringung der Wicklung verschleißbare) Nuten mit einer gewissen Mindest-Nutbreite sehr wohl mit einer Isolationsschicht mit einer Dicke zwischen 1 und 1,5 mm versehen werden können, nämlich z. B. dadurch, daß die Sprühpistolen, die ja unterschiedlich (positiv bzw. negativ) geladene Pulverteilchen versprühen, abwechselnd die Nuten besprühen.

Die Auffassung und die Begründung aus Kapitel V.2.1, wonach Anspruch 1 nicht erfinderisch ist, wird daher aufrecht erhalten.

Es wird amtsseitig bestätigt, daß das Verfahren aus der Anmeldung gegenüber dem Verfahren aus D2 unterschiedliche physikalische Effekte nutzt - besagte Effekte finden sich jedoch nicht als technische Merkmale im unabhängigen Anspruch und können daher bei der Beurteilung, ob erfinderische Tätigkeit vorliegt, oder nicht, nicht berücksichtigt werden.

V.4.2 Zu Kapitel 2. der Erwiderung der Anmelderin wird wie folgt Stellung genommen:

Es wurde in Kapitel V.3 dieses Bescheids NICHT "die Gewißheit genommen" daß die in D3 getroffene Aussage bezüglich Sprühpistolen, die nur Pulver mit einem mittleren Durchmesser von 60 Mikrometer auftragen können, am Prioritätstag der gegenwärtigen Anmeldung noch Gültigkeit hat. Deswegen wurde der Anmelderin

ja eben die Möglichkeit gegeben, ihre Aussage, wonach Sprühpistolen als Standardkomponenten am Markt sind, die grobes Kunststoffpulver (mittlerer Durchmesser der Pulverteilchen grösser als 150 Mikrometer), im folgenden nur "grobtes Kunststoffpulver" genannt, versprühen können, zu beweisen.

Dies deshalb, weil der ermittelte Stand der Technik, nämlich D3, Zweifel an der Richtigkeit obiger Aussage in der Beschreibung der Anmeldung aufkommen ließ.

Ob die Aussage aus D3 am Prioritätstag der vorliegenden Anmeldung zutrifft, oder nicht, wurde amtsseitig zunächst einmal nicht entschieden. Den durch D3 geweckten Zweifeln mußte und muß immer noch nachgegangen werden, da ja vom Amt eine Aussage hinsichtlich industrieller Anwendbarkeit von Anspruch 3 erwartet wird.

Die Stellungnahme der Anmelderin im letzten Absatz ihrer Erwiderung reicht nach Meinung des beauftragten Prüfers nicht aus, um das Fallenlassen des Einwands bzgl. industrieller Anwendbarkeit zu rechtfertigen - Begründung:

Die Aussage der Anmelderin in der Beschreibung der Anmeldung, wonach Sprühpistolen als Standardkomponenten am Markt sind, die grobes Kunststoffpulver versprühen können, impliziert:

- Es sind Sprühpistolen (zum Prioritätsdatum) am Markt gewesen, die tatsächlich grobes Kunststoffpulver versprühen können - dann hätte die Anmelderin in der Lage sein sollen, den Namen zumindest eines oder besser mehrerer Modelle besagter Sprühpistolen und den bzw. die Namen der Herstellerfirmen anzugeben.
- solche Sprühpistolen sind als Standardkomponenten am Markt.- es ist also weiterhin vorauszusetzen, daß es in Fachkreisen zum Prioritätsdatum bekannt war, daß besagte Sprühpistolen in der Lage sind, grobes Kunststoffpulver zu versprühen - wenn diese Tatsache in Fachkreisen NICHT bekannt gewesen wäre, dann hätte der Fachmann KEINE ausreichende Anleitung durch die Beschreibung der Anmeldung bekommen, eine Sprühpistole auszusuchen, die grobes Kunststoffpulver versprühen kann. Ein Ausführen des Verfahrens gemäß Ansprüchen 1, 3 wäre ihm dann unmöglich gewesen. Ein solcher Beweis hätte z. B. durch Vorlage eines Katalogs von Sprühpistolen, der auf die Möglichkeit zum

Versprühen von grobem Kunststoffpulver hinweist, geführt werden können.

Die Anmelderin hat in ihrer Erwiderung keine der beiden Bedingungen erfüllt, da sie noch nicht einmal den Namen einer Sprühpistole angegeben hat, die grobes Kunststoff-Pulver versprühen kann, siehe die Erwiderung, letzter Satz: "Der mittlere Durchmesser der Pulverteilchen lag damit deutlich höher als die in D3 angegebene Grenze" [von etwa 60 Mikrometer, siehe D3, Spalte 1, Zeilen 29 - 31].

Damit wurde also noch nicht einmal bestätigt, daß das Verfahren nach Ansprüchen 1, 3 mit den Sprühpistolen der in der Erwiderung genannten Firma überhaupt durchgeführt werden kann.

Der Einwand gegen Anspruch 3 in Bezug auf die industrielle Anwendbarkeit bleibt daher ebenfalls bestehen.

V.5 Sonstige Bemerkungen:

V.5.1 Erfordernisse der Regel 13 PCT

Es wird darauf hingewiesen, das die Anmeldung derzeit nicht die Erfordernisse von Regel 13.1 PCT erfüllt.

Begründung:

Grundsätzlich ist im vorliegenden Fall die Formulierung von zwei unabhängigen Ansprüchen, wobei einer der Kategorie "Verfahren" und der andere der Kategorie "Vorrichtung" angehört, zulässig, siehe die PCT Richtlinien für die vorläufige Prüfung, Kapitel 5.13. Regel 13.1 PCT fordert aber, daß eine Gruppe von Erfindungen durch ein einziges allgemeines erfinderisches Konzept miteinander verknüpft sein muß.

Timl y.